RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

Lehrstuhl für Makroökonomik

MacroNews

26. Kalenderwoche

RUB

Referendum: Brexit. Leave. Out.

Großbritannien hat abgestimmt: Vor allem Wales und England sind für den EU-Austritt.

Am Donnerstag stimmte Großbritannien über einen Austritt aus der Europäischen Union (EU) ab. 72,2 Prozent der Wahlberechtigten gaben ihre Stimme ab: Die Mehrheit der Wähler votierte „Leave“ und sprach sich damit für einen in den Medien als Brexit bekannten Austritt ihres Landes aus der EU aus, berichtet der BBC.

Die von der Remain-Kampagne gefürchtete Reaktion der Märkte stellte sich alsbald ein: Das Britische Pfund stürzte historisch ab und verlor etwa zehn Prozent an Wert, der Euro währenddessen „nur“ drei Prozent. Auch die an den Börsen notierten Unternehmensindizes dokumentierten die ängstlichen Reaktionen der Investoren: Der Nikkei 225 und der FTSE 100 sanken jeweils um acht Prozent, der DAX gar um 8,6 Prozent.

Großbritannien blickt nun einer langen Periode der politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit entgegen: Zahlreiche hochrangige Politiker – unter ihnen Premierminister David Cameron – haben ihr Amt niedergelegt. Wer die Nachfolge in der Downing Street Nummer zehn und damit die schwierige Aufgabe der EU-Austrittsverhandlungen, sollten diese nach dem lediglich beratenden und somit politisch nicht bindenden Referendum überhaupt angestrebt werden, antritt, ist bisher unklar, berichtet der Economist.

Premierminister Cameron
Quelle: Downing Street

Die überwiegende Entscheidung der Wähler für den Austritt kam überraschend, hatten die Wahlstationen doch mit einem Vorsprung für „Remain“ geschlossen.

Nach und nach wurde durch Auszählung der Stimmen aus den ländlichen Bezirken allerdings ein endgültiges Votum für „Leave“ wahrscheinlicher bis letztendlich ein Ergebnis von 52 zu 48 Prozent für den EU-Austritt fest stand. Die Zeitschrift The Guardian hat die Wählerschaft analysiert und spricht von einem polarisierten Land.

Wochenrückblick

Das Wichtigste in Kürze aus der Woche vom 20. bis zum 26. Juni:

Bank of Japan: Inflationsziel nicht erreicht

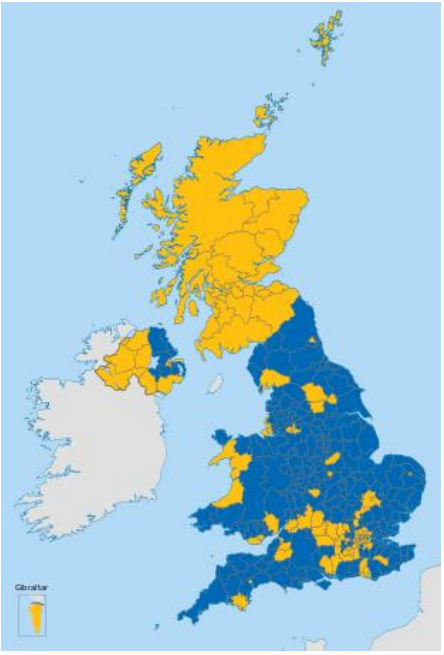
Montag, 20. Juni – Der japanische Notenbankchef Haruhiko Kuroda hat erstmals öffentlich eingeräumt, dass die Bank of Japan das selbst gesteckte Inflationsziel von zwei Prozent trotz massiver Anleihenkäufe in den letzten zwei Jahren nicht hatte erreichen können, berichtet Reuters. Eine Möglichkeit der Ausweitung der aktuellen Maßnahmen hatte die Bank of Japan in jüngster Zeit bereits angedeutet, während die Preise im Mai noch um 0,3 Prozent gefallen waren. Die Angst vor einer Rezession wird gerade zusätzlich durch eine nach dem schweren Erdbeben in Kumamoto strauchelnde Exportbranche geschürt: Es kam zu Produktionsausfällen, sodass im Mai verglichen mit dem Vorjahresmonat 11,3 Prozent weniger in das Ausland gehandelt wurde.

BVerfG winkt OMT durch

Dienstag, 21. Juni – Das Bundesverfassungsgericht hat geurteilt, dass das umstrittene Outright-Monetary-Transactions (OMT)-Programm im Rahmen der Finanzkrisenreaktion der EZB nicht gegen deutsche Gesetze verstößt, schreibt die Süddeutsche Zeitung. Auflagen des Gerichts steckten allerdings auch in Zukunft Grenzen für das Handeln der EZB ab.

MacroNews

26. Kalenderwoche



Geographische Aufschlüsselung der endgültigen Ergebnisse des Referendums nach Remain und Leave
Quelle: Mirrorme22

Bürger, welche sich entschieden hätten für „Remain“ zu stimmen, hätten mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eine berufliche Ausbildung absolviert oder universitäre Bildung genossen, bezögen ein höheres Gehalt, wären jünger bzw. hätten Migrationshintergrund. Das Gegenteil gelte für Anhänger der Brexit-Kampagne, berichtet die Zeitung.

Zudem sei die Wahrscheinlichkeit für einen höheren Rückhalt für die Leave-Kampagne außerhalb oder am Rande von Städten vergleichsweise höher als für Englands Metropolen.

Das Ergebnis scheint Ausdruck der Unzufriedenheit mit der eigenen ökonomischen Situation vieler Wähler zu sein, schlussfolgert The Guardian. Die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft habe sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend verschlechtert, kommentieren die Autoren und zitieren eine Bürgerin Manchesters, die das Brexitvotum folgendermaßen zusammen fasst:

„Falls du Geld hast, wählst du ‚In‘, falls du kein Geld hast, wählst du ‚Out‘.“

Eine Aussage, die auch für andere von ökonomischer Ungleichheit betroffene EU-Mitgliedsländer Bedeutung bekommen könnte.

Hintergrund | Brexit wegen ökonomischer Ungleichheit?

>> The Guardian: EU referendum (englisch)

EZB: QE-Grenzen?

Mittwoch, 22. Juni – Die EZB hat die Eine-Trillion-Euro-Hürde bei Anleihekäufen im Rahmen des Quantative-Easing (QE)-Programms genommen, weiß Bloomberg. Eine der Programmauflagen könnte dabei im Zuge der Effekte der EZB-eigenen Geldpolitik demnächst zum Dämpfer bei der Erreichung des Umfangsziels für den Anleihenankauf werden: Durch Verknappung des Anleihenangebots im Rahmen des QE sowie die Niedrigzinspolitik sinken allgemein die Renditen der Papiere. Vor allem die Renditen deutscher Staatsanleihen bleiben oft unter denen der für das Programm infrage kommenden Anleihen oberhalb der Mindestgrenze des EZB-Einlagesatzes. Unter Einhaltung des Kapitalschlüssels, welcher die EZB zu Ankäufen von Staatsanleihen der EU-Mitgliedsstaaten nach einem der Größe des Landes entsprechenden Verhältnis zwingt, dürfte das Ziel des Anleihenkaufs in Höhe einer weiteren Trillion Euro für die EZB schwierig zu erreichen sein.

Zahl der Woche

16 cents

… verlor das Britische Pfund gegenüber dem Dollar nach dem Brexit-Votum an Wert; der größte Verlust in 30 Jahren.

Süddeutsche